

Nr. 18/16 vom 12.11.2018

Arbeitskreis „Zukunftsenergien“

Strukturwandel in den Kohlerevieren – Wie kann er gelingen?

Berlin. Kurz nachdem die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (WSB)" ihren Zwischenbericht zu möglichen Maßnahmen bezüglich der sozialen und strukturpolitischen Entwicklung in den Braunkohleregionen vorgestellt hatte, wurde im Rahmen des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ am 7. November 2018 darüber diskutiert, ob und unter welchen Rahmenbedingungen ein Strukturwandel gelingen kann.

Es sei entscheidend, eine neue regionale Spezialisierung für die Lausitz zu finden, betonte Prof. Dr. Hans Rüdiger Lange, Geschäftsführer, der von der regionalen Wirtschaft und der BTU Cottbus-Senftenberg gegründeten Innovationsregion Lausitz GmbH. Nach Einführung in die Veranstaltung durch Dr. Annette Nietfeld, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien e.V., erläuterte Prof. Dr. Lange, dass eine Abschaltung der Lausitzer Kohlekraftwerke für den globalen Klimawandel unerheblich sei. Um aus dem Ende der Kohleverstromung dennoch, gerade auch für die Menschen in den betroffenen Regionen, eine Erfolgsgeschichte zu machen sei es von Nöten, strategische Initiativen von Unternehmen aus der Region zu unterstützen – auch durch die Ansiedlung von passenden Forschungsinstituten, so Prof. Dr. Lange.

Der Bayerische Staatsminister a.D. und ehemalige Landrat, Dr. Werner Schnappauf, Partner bei GvW Graf von Westphalen mbB, erläuterte wie der Strukturwandel in der Oberpfalz als ehemaligem Zonenrandgebiet in Bayern innerhalb eines Zeitraumes von 25 Jahren erfolgreich bewerkstelligt wurde. Der Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur in den betroffenen Regionen sei die Voraussetzung gewesen; insbesondere für die Ansiedelung von neuen Unternehmen. Dabei hätten sich die Verantwortlichen in der Politik an den in der Region vorhandenen Kompetenzen im Porzellan- und Textilgewerbe orientiert. Hinzu gekommen sei die Ansiedlung von spezialisierten Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, welche mit der regionalen Wirtschaft zusammen arbeiteten. Neben einem aktiven Arbeitsmarktmanagement sei laut Dr. Schnappauf zentral gewesen, dass Genehmigungsverfahren beschleunigt und bürokratische Hürden abgebaut worden seien.

Dr. Reinhard Maaß, Hauptgeschäftsführer des SET e.V. Wirtschaftsverband Anlagenbau und Industrieservice, verwies zunächst auf die Interessen der im Anlagenbau Beschäftigten, die in der aktuellen Debatte keine ausreichende Beachtung fänden. Er plädierte dafür, nicht aus der Kohleverstromung auszusteigen, ohne Alternativen etabliert zu haben. Die Branche der Anlagenbauer böte sich dafür ganz besonders an. Sie hätte neue einsatzbereite Technologien entwickelt und die Voraussetzungen für deren Einsatz in der Lausitz, als Region in der der Anlagenbau – und der Service eine lange Tradition habe, seien durchaus gegeben. Die Reviere verfügten über ein hohes Angebot von MINT-Fachkräften und über bestehende Energieinfrastrukturen. Um dieses Potential zu nutzen, sei es u.a. erforderlich eine leistungsstarke digitale Infrastruktur aufzubauen und ein auf lange Sicht gesichertes Investitionsklima für die entsprechenden Unternehmen zu schaffen.

Der Vizepräsident der Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH, Prof. Dr. Manfred Fishedick, betonte, dass sich die Kohleregionen schon seit Jahrzehnten im Strukturwandel befänden. Strukturwandel und Transformationsprozesse seien also nicht neu und von den Erfahrungen aus anderen Regionen Europas könne gelernt werden.

Dabei sei zu beachten, dass es höchst unterschiedliche Ausgangsbedingungen für die jeweiligen deutschen Braunkohlegebiete gäbe und deshalb auf die jeweilige Regionen abgestimmte Maßnahmenpläne entwickelt werden müssten. Prof. Dr. Fischeidick betonte, dass es u.a. sinnvoll sei, die energiewirtschaftliche Kernidentität der Reviere durch Entwicklungen hin zum Energiedienstleistungsstandort, Power-to-X-Standort oder Modellstandort für neue Technologien zu fördern.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit Dr. Andreas Lenz, MdB (CDU/CSU), Ulrich Freese, MdB (SPD), Prof. Dr. Martin Neumann, MdB (FDP), Thomas Lutze, MdB (DIE LINKE) und Lisa Badum, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), wurde engagiert und teilweise hitzig über einen Ausstieg aus der Kohleverstromung und den Strukturwandel debattiert. Zunächst betonte Dr. Lenz, MdB, dass der Zwischenbericht der Kommission ein erster guter „Aufschlag“ sei, der im weiteren Verlauf konkretisiert und im anschließenden Gesetzgebungsprozess normiert werden müsse. Der Strukturwandel sei allerdings nicht nur mittels finanzieller Zuwendungen zu meistern, vielmehr käme es darauf an, die Voraussetzungen für Innovationen zu legen. Auch Freese, MdB, betonte, dass Geld alleine die komplexen Probleme in den Revieren nicht löse. Wichtig wäre es, dem Umstand Rechnung zu tragen, dass Veränderungen lange Planungshorizonte benötigten und ein investitionsfreundliches Klima für Unternehmen zu schaffen. Zusätzlich betonte er, dass der Kommissionsbericht kein Dekret sei, sondern vielmehr verfasst worden sein, um einen ersten Schritt hin zu einem gesamtgesellschaftlichen Konsens zu tun. Prof. Dr. Neumann, MdB, kritisierte mit Blick auf die Zusammensetzung der WSB-Kommission, dass die energieintensive Industrie zu wenig repräsentiert sei und stimmte den Aussagen von Freese und Dr. Lenz zu, dass es vor allem um die Schaffung passender Rahmendbedingungen und weniger um die Festsetzung eines besonders hohen finanziellen Betrages ginge. Ferner verwies Prof. Dr. Neumann darauf, dass auch der Mittelstand industrielle Kerne für seine Entwicklung benötige, Strukturwandel auf ein klares Management und eine klare Führung der Prozesse angewiesen und der Aufbau digitaler Infrastrukturen eine zentrale Voraussetzung zur Initiierung von Wirtschaftswachstum sei. Lutze, MdB, hob hervor, es müsse gelingen, die betroffenen Beschäftigten in der Braunkohleverstromung hinter die politische Entscheidung des Ende der Braunkohleverstromung zu bekommen. Dies könne u.a. durch staatliche Garantien für Einkommensausfälle erreicht werden. Ohne die Beteiligung der Beschäftigten bestünde die Gefahr einer reinen „politischen Wende“. Lutze warnte davor, „Luftschlösser“ und Monostrukturen aufzubauen. Badum, MdB, plädierte dafür, die Beschäftigten sowie Zivilgesellschaft in den Prozess des Strukturwandels einzubeziehen, denn auch eine effektive Wirtschaftsförderung müsse von diesen „getragen“ werden. Den Beschäftigten der Braunkohlereviere könne durch ein gezieltes Handeln beim Strukturwandel Sicherheit gegeben werden. Bei einem unkontrollierten Auslaufen sei dies nicht möglich. Badum unterstrich ebenfalls die Notwendigkeit des Ausbaus der digitalen Infrastrukturen.

Die Präsentationen von Dr. Werner Schnappauf, Dr. Reinhard Maaß und Prof. Dr. Manfred Fischeidick stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Wir danken der Robert Bosch GmbH für die Gastfreundschaft.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
www.zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV